

BLICKPUNKTE



● **Strafvollzugsreform.** Justizministerin Berger sandte gestern ein „Haftentlastungspaket“ zur Begutachtung aus. Darin ist u. a. „Schwitzen statt Sitzen“ enthalten – Ersatzfreiheitsstrafen sollen durch gemeinnützige Arbeit getilgt werden können.

● **Lexikon über Österreich.** Mit der neuen digitalen Plattform „Austria-Forum“ will die TU Graz „die“ zentrale Anlaufstelle für Österreich-Informationen im Internet werden. Das Forum besteht aus einer Wissensplattform für Forschung und Lehre mit gezeichneten Fachbeiträgen.

KOMMENTAR



Ausgehört

KURT HORWITZ
kurt.horwitz@vn.vol.at
01/3 17 78 34-11

Schon einmal im Flugzeug zufällig neben jemand gegessen, der den Amerikanern verdächtig vorkommt? In einem Hotel gewohnt, in dem Islamisten absteigen? Sehr verdächtig. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass all das in einer US-Datenbank festgehalten ist. Beim nächsten Einreiseversuch könnte es Probleme geben.

Aber bitte keine Illusionen: Auch Österreich würde gerne den Überwachungsstaat spielen. Karl Korinek hat kürzlich erst im ORF davor gewarnt, dass „wir bereits ähnlich stark überwacht werden wie seinerzeit die DDR-Bürger von der Stasi“.

Als Präsident des Verfassungsgerichtshofs ist Korinek unverdächtig, Sympathien für Terroristen zu hegen. Seine Warnung vor der Kontrolle aller Telefon- und Internet-Kontakte ist also ernst zu nehmen.

Zum Glück bleibt totale Überwachung Illusion. Technisch lässt sich zwar über jeden fast alles herausfinden. Wer aber nicht weiß, wen und was er sucht, geht im Wust gesammelter Belanglosigkeiten unter. Für Erfolge braucht es mehr als die Kombination von gefinkelten Aushorchprogrammen und gigantischen Datenbanken.



Das Faymann-Prinzip. (Karikatur: Raos)

VN-BLICK HINTER DIE KULISSEN

Straßenverkehrsordnung wird von Ländern vollzogen

Verkehrsminister Werner Faymann (SPÖ) hat sich zuletzt um die Verkehrssicherheit gesorgt und denn auch Vorschläge wie jenen zur Senkung der Promillegrenze gemacht. Für die Vollziehung der Straßenverkehrsordnung (StVO) ist er jedoch nicht zuständig, wie er die Ländle-Bundesräte in einer Anfragebeantwortung wissen lässt: Jürgen Weiss, Edgar Mayer und Reinhold Einwallner hatten Faymann gedrängt, dafür zu sorgen, dass Schnellfahrer von vorne fotografiert werden; Deutsche können nachträglich nämlich nur dann zur Kasse gebeten werden, wenn nachgewiesen werden kann, dass sie selbst am Steuer saßen.

Die Beschaffung derartiger Anlagen obliege der ASFI-NAG, dem Land und dem Innenministerium, betonte Faymann nun. (joh)



Werner Faymann. (Foto: VN)



Uni-Hörsaal: Hochschulen werden ermächtigt, Zugangsbeschränkungen vorzunehmen.

(Foto: DPA)

Uni-Zugang bleibt beschränkt

■ Wissenschaftsminister will bestehende Regelung bis Ende 2009 verlängern.

Wien (VN) Die Ende 2007 auslaufende Regelung über die Zugangsbeschränkungen in den acht Studienfächern Humanmedizin, Zahnmedizin, Veterinärmedizin, Publizistik, Psychologie, Biologie, Pharmazie und Betriebswirtschaftslehre soll nach dem Wunsch von Wissenschaftsminister Johannes Hahn (ÖVP) bis Ende 2009 verlängert wer-

den. Als Begründung für einen entsprechenden Gesetzesentwurf nannte Hahn gestern einen verstärkten Ansturm von deutschen Studienwerbern. SPÖ-Wissenschaftssprecher Josef Broukal zeigte sich über den „unabgesprochenen Alleingang“ Hahns verärgert und will nur zustimmen, wenn die Zahl der Studienplätze in den betroffenen Studienrichtungen um mindestens zehn Prozent aufgestockt wird.

Seit dem Studienjahr 2005/06 dürfen die österreichischen Universitäten in den genannten acht Fächern den Zugang

beschränken. Einschränkung: Dabei darf die Anfängerzahl der vergangenen drei Jahre im betreffenden Fach nicht unterschritten werden. Ob die Unis tatsächlich Beschränkungen verhängen, liegt in ihrem Ermessen – die meisten Hochschulen haben davon Gebrauch gemacht. Diese Regelung gilt allerdings nur bis Ende 2007 – ohne die SPÖ-Zustimmung zu einer Verlängerung würden alle Studienrichtungen wieder „frei“ sein.

Zuletzt hatte Hahn durchblicken lassen, dass die Beschränkungs-Möglichkeit zu-

mindest in einigen Fächern fallen könnte. Durch den Umstand, dass aufgrund doppelter Abi-Jahrgänge in Deutschland und der Möglichkeit für deutsche Studenten, ihre Stipendien ins Ausland mitzunehmen, mehr Deutsche nach Österreich drängen könnten, wolle er aber „prophylaktisch“ handeln, „bevor ich in einem halben Jahr draufkomme, ich muss das wieder reparieren“. Eine zentral verordnete Aufstockung der Studienplätze werde es nicht geben, die Unis müssten über zusätzliche Plätze selbst entscheiden.



Minarett in Telfs: Wenige gehen in Moschee. (Foto: APA)

„Islamisten im Aufwind“

■ Auch Rassismus stärkt radikale Kräfte, warnt Politologe Schmidinger.

Wien (VN-joh) Die 400.000 Moslems, die in Österreich leben, sind schwer zu erfassen, so der Islam-Experte Thomas Schmidinger von der Universität Wien: „Sie sind genauso vielfältig wie ‚wir‘.“

Die meisten Moslems seien nicht oder kaum gläubig. Wenn, dann gehen sie nur gelegentlich in die Moschee. Zahlen dazu gibt es keine. Aber Anhaltspunkte: An den letzten Wahlen der Islamischen Glaubensgemeinschaft hat nur ein Prozent der Moslems teilgenommen.

Die Gruppe der Islamisten ist laut Schmidinger sehr

klein, aber „im Aufwind“ befindlich: „Sie bemüht sich um eine Re-Islamisierung“, also z. B. darum, dass sich Frauen verschleiern.

Von den meisten dieser Islamisten, die untereinander stark aufgliedert sind, werde Terror freilich abgelehnt, betont Schmidinger: „Man kann natürlich nie ausschließen, dass es Leute gibt, die einen Anschlag planen. Aber verglichen mit anderen europäischen Ländern ist diese Gefahr in Österreich extrem gering.“

Allfällige Aktivitäten von Al Kaida seien hierzulande kaum nachvollziehbar: „Al Kaida ist keine Organisation, sondern eher ein Label. Man kann sich mit den Zielen und Methoden identifizieren und behaupten, dazuzugehören.“

Die zunehmende Radikalisierung ist laut Schmidinger indes gefährlich: „Anti-islamische Rassisten und Islamisten stärken einander gegenseitig“, warnt er: Islamisten

Verglichen mit anderen Ländern ist die Terrorgefahr in Österreich gering.



THOMAS SCHMIDINGER, POLITOLOGE

nutzten Anti-Islamismus, wie er etwa von FPÖ-Chef Heinz Christian Strache betrieben werde, um eigene Leute zu mobilisieren. Und Islamisten bestärkten wiederum Strache und Co., immer aggressiver zu werden.

Datenschutzstelle wird aufgelöst

■ Staatsreform: Aufgaben sollen an Verwaltungsgerichte wandern. Proteste.

Wien (VN-joh) Die Datenschutzkommission (DSK), die im Bundeskanzleramt als unabhängige Stelle angesiedelt ist, schlägt Alarm: „Im Entwurf zum ersten Teil der sogenannten ‚Staatsreform‘ wird die DSK aufgelöst.“ Schlussendlich werde das „eine entscheidende Schwächung der Durchsetzung des Datenschutzgedankens, insbesondere Verteuerungen und Verzögerungen für die Bürger“ ergeben.

Die Datenschutzkommission ist eine Art „Volksanwaltschaft“, wenn es um Datenschutzfragen geht: Seit dem Jahr 2005 ist sie mit rund 550 Beschwerden konfrontiert worden. „Von den Beschwerden am häufigsten waren die Verwendung von Bonitätsda-

ten bei Kreditauskunften oder Inkassobüros und die Datenverwendung im Rahmen kriminalpolizeilicher Ermittlungen betroffen“, heißt es im jüngsten Tätigkeitsbericht.

Geplant ist nun, die Kompetenzen der Datenschutzkommission an die neuen Verwaltungsgerichte zu übertragen. Weil sich diese aber nur mit der Rechtmäßigkeit von Behördenentscheidungen befassen können, bleibt eine große Lücke über: Wer soll sich beispielsweise mit einer Bürgerbeschwerde über die Weiterverwendung von Adressdaten durch ein privates Unternehmen beschäftigen?

Für solche Fälle, mutmaßt man in der Datenschutzkommission, soll eine neue Einrichtung geschaffen werden; aber darüber werde man noch „eingehend“ reden müssen.

mehrwissen.vol.at
Datenschutzbericht 2007. Verfahren, die die Datenschutzkommission zuletzt auf Bürgerantrag hin, durchgeführt hat.

MERKUR
Es ist verdammt hart, der Beste zu sein.
Markt-Tag Nur am Mittwoch 26 September
Tiefpreislatten
-25% auf das gesamte Kaffee-Sortiment
Gültig nur am 26. 9. 2007. Preise inkl. allen Steuern. Abgabe nur in haushaltsüblichen Mengen. Kein Verkauf an Wiederverkäufer. Solange der Vorrat reicht.
www.merkurmarkt.at